

Der FUNK

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 295 A

BERLIN • Freitag, den 13. Januar 1933

2. JAHRGANG

Stalin zieht die Bilanz.

Abschluß des Fünfjahrplanes.

Bei Stalin hat auf der Tagung des Vereinigten Plenums des Zentral-Komitees und der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union zum Abschluß des ersten Fünfjahresplans eine Rede gehalten, eine Bilanz und einen Ausblick.

„Fünfjahrplan in vier Jahren“ war die Parole. Man hat ein Vierteljahr angehängt. Vierundeinviertel Jahre angestrengter, opfervoller Arbeit liegen hinter den arbeitenden Massen der Sowjet-Union! Der Aufbau des Sozialismus ist Opfer wert. Haben sie gelohnt? Ist der Sozialismus in Sowjet-Rußland einen Schritt vorangekommen? Das ist eine Frage, die die Proletarier aller Länder angeht. Denn Sowjet-Rußland hat eine Mission zu erfüllen. Von ihm könnte den klassenbewußten Proletariern auf der ganzen Erde Selbstvertrauen und Hilfe gegeben werden.

Was ist im Lande des sozialistischen Aufbaues erreicht? Was werden die russischen Kommunisten in Zukunft zur Erreichung des Sozialismus tun?

Planerfüllung zu 93,7 Prozent.

Stalin konnte verkünden, daß in vierundeinviertel Jahren 93,7 Prozent des Planes erfüllt worden sind. „Was das Programm der Schwerindustrieproduktion betrifft, so erfüllten wir den Fünfjahrplan zu 108 Prozent. Aber wir blieben um 6 Prozent gegenüber dem gesamten Fünfjahrplanprogramm zurück. Das erklärt sich daraus, daß wir angesichts der Weigerung von Nachbarländern, mit uns Nichtangriffspakte zu unterzeichnen, und angesichts der Verwicklungen im Fernen Osten schnellstens einige Betriebe im Interesse der Verstärkung der Verteidigung umstellen mußten auf die Produktion von modernen Verteidigungswaffen.“

Sind es nur die — allerdings sehr berechtigten — außenpolitischen Sorgen, die eine volle Erfüllung des Planes verhindern? Liegen nicht etwa Fehler vor, die den Aufbau hemmen? Wir haben im „Funke“ schon öfter auf den verhängnisvollen Mangel im Sowjetrussischen System hingewiesen, der in der Lähmung der privaten Initiative liegt. Gesetze und Äußerungen aus der Sowjet-Union beweisen, daß die russischen Genossen diesen Mangel zum mindesten fühlen. Ab und zu wird ein Zügel gelockert; regt sich dann aber die freie Initiative, dann setzt sofort wieder das straffe System der Planwirtschaft ein, und die Mißstände sind wieder da. Die Führer der Sowjet-Union sind befangen in dem Gedanken, daß nur der Kollektivismus Rettung verheißt. Sie sehen nicht, daß die Lähmung der privaten Initiative den Aufbau hemmt.

Planerfüllung zu 93,7 Prozent! Was bedeuten diese 93,7 Prozent? Wir kennen das geflügelte Wort, das im Donezbecken geprägt wurde: „Wir müssen Tonnen liefern“. Wir wissen, daß Betriebe, um den Plan zu erfüllen, teure Seidenerschlippe statt Nähgarn produziert haben, das schlechte Ware geliefert wird, weil Tonnen produziert werden mußten. Die russischen Genossen standen unter der Hypnose der Ziffer.

Angesichts dieser Tatsache ist es ein erfreuliches Zeichen, daß Stalin für die Durchführung des zweiten Fünfjahrplans eine

Verlangsamung des Tempos

In Aussicht stellt: „In der Periode des ersten Fünfjahrplans gelang es uns, den Enthusiasmus zu organisieren, und wir erreichten entscheidende Erfolge. Das ist sehr gut. Doch jetzt reicht das nicht aus. Jetzt müssen wir dieses Werk vervollständigen, mit Enthusiasmus und Pathos die Beherrschung der neuen Betriebe, der modernen Technik, die Hebung der Arbeitsproduktivität, eine beträchtliche Senkung der Gesteuerungskosten erkämpfen. Das ist jetzt die Hauptsache, denn nur auf dieser Grundlage können wir erreichen, daß etwa in der zweiten Hälfte des zweiten Fünfjahrplans, ein neuer starker Anlauf sowohl auf dem Gebiete des Aufbaus, als auch auf dem Gebiete des Anwachsenden der industriellen Produktion eintritt.“

Kollektivierung der Landwirtschaft.

„Die Partei erreichte, daß die Kollektivwirtschaften jetzt über 60 Prozent aller Bauernwirtschaften vereinigen, was eine Ueberholungs des Fünfjahrplans um das Dreifache bedeutet.“

Die Partei erreichte, daß anstatt 500 bis 600 Millionen Pud Warongetreide, das in der Periode des Ueberwiegens der individuellen Bauernwirtschaft beschafft wurde, jetzt die Möglichkeit besteht, 1200 bis 1400 Millionen Pud Korn jährlich zu beschaffen.“

Offener Krach zwischen Industriellen und Junkern.

Eine Bombe ist im Lager der Reaktion geplatzt. Die Großagrarien sind in ihren Forderungen so unverschämt und gegen die Schleicher-Regierung und den Reichspräsidenten so ausfällig geworden, daß es selbst diesen zu viel wurde. Das Wolffsche Telegraphenbüro gibt dazu folgende scharfe Erklärung der Reichsregierung bekannt: „Nachdem in letzter Zeit in mehreren Besprechungen zwischen Mitgliedern des Präsidiums des Reichslandbundes und dem Reichskanzler eine weitgehende Einigung über die für die Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen erzielt worden war, wurde heute nachmittag der Vorstand des Reichslandbundes vom Herrn Reichspräsidenten im Beisein des Reichskanzlers und der Reichsminister Warmbold und Freiherrn von Braun empfangen. Die Vertreter des Reichslandbundes trugen ihre ernstesten Sorgen über die Lage der Landwirtschaft und ihre Auffassung über die zu ergreifenden Abhilfemaßregeln vor. In der Aussprache ergab sich, daß durch die bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen der Abordnung schon so weit wie irgend möglich Rechnung getragen worden war.“

Nach der Sitzung wurde bekannt, daß der Vorstand des Reichslandbundes bereits vorher eine Entschließung gefaßt und der Presse übergeben hatte, die in demagogischer Form sachlich unbegründete Angriffe gegen die Reichsregierung enthielt. Die Entschließung ist weder dem Herrn Reichspräsidenten, noch der Reichsregierung vor der Besprechung bekanntgegeben worden. Wäre dies der Fall gewesen, so würde der Herr Reichspräsident von einem Empfang des Reichslandbundes abgesehen haben. Die Reichsregierung wird sich durch diese illoyale Handlungsweise des Vorstandes des Reichslandbundes davon nicht abbringen lassen, alles sachlich Mögliche für die Landwirtschaft zu tun. Sie sieht sich jedoch gezwungen, von jetzt an Verhandlungen mit Mitgliedern des Vorstandes des Reichslandbundes abzulehnen.“

Die Entschließung des Reichslandbundes aber, die die Regierung so in Harnisch brachte, lautete folgendermaßen: „Die Verelendung der deutschen Landwirtschaft (lies: Großgrundbesitz, Die Red.) insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, hat unter Duldung der derzeitigen Regierung

ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen. (!) Die Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen

Geldhebelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten

dauert an. Seitens der Reichsregierung hört die Landwirtschaft im wesentlichen nur Rundfunkreden und inhaltlose Formulierungen, denen trotz längst vorhandener sachlicher Möglichkeiten entscheidende Taten nicht gefolgt sind.

Obwohl mit Ende des Jahres 1932 die Holland gegenüber bestehenden Zollbindungen abgelaufen sind, ist bis heute diese Erleichterung der zollpolitischen Lage nicht durch Inkraftsetzung von Zollerhöhungen, über deren Ausmaß eine auf nationale Wirtschaft eingestellte Reichsregierung nicht mehr im Zweifel sein kann, ausgenutzt worden.

Wir bezweifeln nicht, daß diese Möglichkeit besteht. Aber wie steht es in Wirklichkeit? Stalin gibt zu, daß ein großer Teil der Kollektivwirtschaften nicht rentabel ist, er sagt „noch nicht“.

Das Tempo der Kollektivierung hat geradezu katastrophale Folgen. Der Viehbestand ging erheblich zurück. Die Versorgung der Industrieorte mit Fleisch, Milch und Butter ist äußerst schlecht. Was nützt es, daß die Möglichkeit besteht, anstatt 600 Millionen 1400 Millionen Pud Getreide zu produzieren, wenn die Bauern diese Produktion mit allen Mitteln der Sabotage verhindern? Wenn sie das Getreide auf dem Felde verfaulen lassen?

Wenn wir in bezug auf die sowjet-russische Industrie noch sagen können, daß trotz aller Mängel ein riesiger Schritt vorwärts getan wurde, so trifft das für die Landwirtschaft sicher nicht zu. Ja es besteht die ernste Gefahr, daß alle Versuche der russischen Genossen, die Industrialisierung und die

AUS DEM INHALT:

Kriegsschulden, Wirtschaftskrise und Abrüstung.

Was lehrt die Agrarkrise in der USA?

Bleibt Japan im Völkerbund?

Aus der Beschlußfabrik.

Das alte Wohlwollen der Justiz gegenüber den Nazis.

Die daneben notwendigen Kontingentierungsmaßnahmen zum Schutze gegen ausländische Ueberschwemmung sind auch von der jetzigen Reichsregierung nicht ergriffen worden. Eine Regierung, die den Willen zur Erhaltung deutschen Bauerntums hat, mußte wenigstens durch sofortige Erklärung eines vollständigen und generellen Zahlungsmoratoriums die Vertreibung der Bauern von Haus und Hof verhüten. Nichts dergleichen ist geschehen.

Durch das bisherige Versagen der Reichsregierung in den lebenswichtigsten Fragen der Agrarpolitik

werden auch die vom Herrn Reichskanzler aufgestellten Ziele der Arbeitsbeschaffung und Siedlung zu reinen Illusionen. Die bisherige Betätigung der Reichsregierung wird daher auch den wiederholten Aufträgen, die der Herr Reichspräsident erteilt hat, nicht gerecht.

Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes steht zum Äußersten bereit. Die Führung des Reichs-Landbundes fordert von jedem Einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz!

Wie weit durch diesen Abbruch der Beziehungen der Reichsregierung zum Reichslandbund auch der Konflikt innerhalb der Regierung selber, zwischen dem Reichswirtschaftsminister und Vertreter der Exportindustrie, Warmbold, und dem Reichsernährungsminister, Freiherrn von Braun, wieder akut wird, läßt sich noch nicht absehen. Aus der Regierungserklärung kann man jedenfalls schließen, daß ihr auch von Braun zugestimmt hat. Der Reichsernährungsminister wird ja auch, obwohl er dem Landbund durchaus nicht fern steht, von seinen Standesgenossen keineswegs glimpflich behandelt. Erst vor kurzem nannte der Vetter des Herrn von Rohrdemmin aus Schlesien den Reichsernährungsminister einen „alten kümmerlichen Weihnachtsmann“!

Man kann nur staunen über die Dummheit und Plumpheit, mit der diese Feudalen die Einheitsfront der herrschenden Klasse gefährden, wenn ihre Bundesgenossen von der Großindustrie nicht so wollen, wie die großagrarischen Dickschädel. Man darf sich aber dadurch nicht darüber hinwegtäuschen lassen, die Einheitsfront der Klasse gegenur wird sofort wieder geschlossen sein, wenn es gegen den gemeinsamen, den gefährlichsten Feind geht, gegen die erwachende und ihre Rechte fordernde Arbeiterklasse.

Technisierung voran zu bringen, umsonst waren, weil die russischen Kommunisten es nicht geschafft haben, die russischen Bauern — diesen trotz allen industriellen Fortschritten noch immer entscheidenden Faktor für das Gelingen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjet-Union — in hinreichendem Maße zu gewinnen.

Das Gerücht, das im September umlief, war wohl nicht völlig aus der Luft gegriffen, daß nämlich gerade Woroschilow, der Kriegskommissar, versuche, eine Änderung der Stalinschen Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Die russische Armee ist eine Bauernarmee. Die russischen Bauern sind also ein entscheidender Faktor auch für die russische Außenpolitik. In der russischen Armee herrscht sicherlich Unzufriedenheit über die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung. Es ist falsch, wenn Stalin behauptet, daß die russischen Kollektivwirtschaften die Grundlage sind, den Sozialismus auf dem Dorfe zu sichern und die Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland zu liqui-

dieren. Es ist nicht allein damit getan, daß die Sowjet-Union ausgerüstet ist mit den modernsten Verteidigungswaffen.

Es kommt vielmehr darauf an, daß diejenigen, die diese Waffen im Notfall gegen den Feind zu führen haben, das tun mit der Ueberzeugung, daß sie das kostbarste Gut der Arbeiterklasse zu verteidigen haben.

Sowjet-Rußland ist angewiesen auf die Bauern. Nur wenn die Führer der Kommunistischen Partei Rußlands das in aller Klarheit erkennen, wenn sie eine zielbewußte Bauernpolitik treiben, werden alle bewundernswerten Opfer, die heute in der Sowjet-Union gebracht werden, nicht umsonst sein, und auch nur dann wird es einen Zweck haben, daß der Ausbau der Schwerindustrie beschleunigt wurde unter Vernachlässigung der Produktion von „Kattun, Schuhen, Kleidung und anderen täglichen Bedarfsartikeln“.

Warum nicht ehrlich?

Wir haben „es zweifellos erreicht, daß sich die materielle Lage der Arbeiter und Bauern von Jahr zu Jahr verbessert. Hieran zweifeln können nur die geschworenen Feinde der Sowjetmacht, oder möglicherweise einige Vertreter der Bourgeoisiepresse. . . .“ Wir wagen es, an dieser Behauptung zu zweifeln, obwohl wir weder von den „Feinden der Sowjetmacht“ noch zu den „Vertretern der Bourgeoisiepresse“ gehören. Wir äußern unsere Zweifel im Interesse der Ehrlichkeit unter Klassenossen.

Es ist nicht nur eine Vermutung, sondern Tatsache, daß die Reallohne der russischen Arbeiter sich wesentlich verschlechtert haben. Die Geldlöhne der Arbeiter sind zwar gestiegen. Aber angesichts der Preissteigerung besagt das alles nichts über die Lebenshaltung der Arbeiter. (Wir wollen

hier nicht auf Einzelheiten eingehen, und verweisen auf den Aufsatz über „Nominal- und Reallohn in der Sowjet-Union“ in Nr. 197 des „Funken“.)

Ist der Ausbau des Diktaturapparates gerechtfertigt?

Wir berichteten vor kurzem (In Nr. 283) von der Wiedereinführung des Palästasystems für die Sowjet-Union, von der Einschränkung der Freizügigkeit, davon, daß die Miliz und das Patwesen der GPU unterstellt sind.

Es soll wohl eine Rechtfertigung auch dieser Maßnahmen sein, wenn Stalin in seiner Rede ausführt:

„Eine starke, mächtige proletarische Diktatur — das ist es, was wir jetzt brauchen, um die in den Staub getretenen letzten Ueberreste der sterbenden Klassen zu zerschlagen, ihre dieberischen Machinationen zu vereiteln. . . . Die Vernichtung der Klassen wird nicht durch das Erlöschen des Klassenkampfes, sondern durch seine Verstärkung erreicht.“

Richtig ist sicher, daß inmitten einer kapitalistischen Umgebung ein junger, noch in den Anfängen steckender sozialistischer Staat einen starken Machtapparat braucht, um sich gegen alle ihm feindlichen Elemente zu sichern. Es heißt aber, diesen Apparat mißbrauchen, wenn man ihn dazu benutzt, alle Kritiker, auch die wohlwollenden, zu unterdrücken, sie mundtot zu machen, wie es erst im Oktober vorigen Jahres wieder mit 20 Mitgliedern der KP Rußlands geschah, von denen eine Reihe es gewagt hatte, Maßnahmen zur Freigabe der privaten Initiative zu verlangen.

Es gehört nicht nur ein starker, widerstandsfähiger Machtapparat zum Aufbau des Sozialismus; es gehört notwendig auch dazu, daß die Führer nicht dogmatisch verannt sind, sondern daß sie aus Erfahrungen lernen und bereit sind, berechnete Kritik entgegen zu nehmen und zu beachten.

Chérons offenes Geheimnis. Der neue französische Haushaltsplan.

Ueber den neuen Haushaltsplan, den der französische Finanzminister ausgearbeitet hat, ist offiziell nur bekannt gegeben worden, daß er vom Ministerrat einstimmig gebilligt worden ist. Was für Maßnahmen der Haushaltsplan vorsieht, will die Regierung als Geheimnis behandeln. Nichtsdestoweniger veröffentlicht die Zeitungen bereits die genauesten Aufstellungen des neuen Budgets. Aus dem Finanzjahr 1932 wird

ein Fehlbetrag von 10,8 Milliarden Francs (1,8 Milliarden Mark)

übertragen. 5,3 Milliarden Francs sollen eingespart werden, u. a. durch Herabsetzung der Beamtengehälter um 5 Prozent, durch eine Neueinstellungssperre für Beamten und durch Herabsetzung der Diäten, vom Staatspräsidenten bis zu den Abgeordneten, ferner durch Heraufsetzung des zur Boziehung einer Pension berechtigenden Alters ehemaliger Kriegsteilnehmer von 55 auf 60 Jahre. 5,4 Milliarden Francs sollen durch neue Steuern und strengere Ueberwachung der Steuerpflicht beschafft werden. Neu eingeführt wird u. a. eine Kaffeesteuer, eine Erbschaftsteuer und eine Lastkraftwagensteuer (die wahrscheinlich den Nebenzweck verfolgt, die Lastkraftwagen weniger konkurrenzfähig zu machen im Vergleich zu den Eisenbahnen, für die die Steuern herabgesetzt werden).

Die Regierung beabsichtigt — nach dem bewährten Prinzip des Herrn Brüning —, sich für den Fall, daß die Kammer dieses Programm nicht billigt,

eine gesetzliche Vollmacht für die Wiederherstellung des Haushalts-Gleichgewichts geben zu lassen.

Die sozialistische Kammerfraktion ist damit beschäftigt, ein Gegenprogramm für die Sanierung des Haushalts auszuarbeiten

Der Waffenschmuggel durch Holland nach Deutschland.

Vor einiger Zeit haben die holländischen Sozialdemokraten an den Justizminister eine Anfrage gestellt, die sich auf den Waffenschmuggel durch Holland nach Deutschland bezog. In der Anfrage wurde eine Verschärfung der Kontrolle der Waffen-Ein- und -Ausfuhr gefordert.

Der holländische Justizminister hat geantwortet, daß mehrere Male belgische und spanische Pistolen beschlagnahmt worden seien, die vermutlich für die Ausfuhr nach Deutschland bestimmt waren. Einzelheiten über die Empfänger der Waffen haben nicht ermittelt werden können. Die Regierung werde auf den verbotenen Waffenhandel und die verbotene Lagerung von Waffen aufpassen. Auf bloße Gerüchte hin könne sie jedoch nicht vorgehen.

In der Nacht zum Dienstag sind in dem holländischen Grenzort Zundert zwei Personen verhaftet worden, die 50 Pistolen und Patronenschachteln bei sich hätten.

Belagerungszustand in Spanien.

In den Gebieten Spaniens, in denen die Ruhe noch nicht wiederhergestellt worden ist, hat die Regierung den Belagerungszustand erklärt.

„Deutschland und der Osten.“

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Freytag-Loringhoven hielt am Dienstag in Oslo im Norwegisch-Deutsch-Oesterreichischen Verein eine Rede über das Thema: „Deutschland und der Osten“. Der norwegische Außenminister wohnte der Versammlung bei. Nach den üblichen Phrasen über Danzig, Ostpreußen und den Korridor, kam der Redner auf die Frage der „Gleichberechtigung“ in der Rüstungsfrage zu sprechen. Eines Tages, so meinte er, werde die kommunistische Sowjetunion genug gerüstet sein, um auf ihr Ziel, die Weltrevolution, loszugehen.

Dann würde Europas Schicksal davon abhängen, ob Deutschland stark genug gerüstet sei.

Der polnische Unterstaatssekretär im Außenministerium, Szmbeck, der sich „nur zur Erholung“ — wie noch gestern berichtet wurde — in Italien befindet, wurde am Mittwoch, dem Tage nach seiner Ankunft in Rom, von Mussolini zu einer Unterredung empfangen.

Die polnische Polizei verhaftete 98 Kommunisten, die in der Nacht zum Mittwoch eine geheime Gewerkschaftsversammlung abhielten.

Nach den Meldungen von der gleichen Stelle, soll China jedenfalls

zu äußersten Konzessionen bereit sein, was bei der Schwäche seiner militärischen Position selbstverständlich erscheint.

Die Generale Feng und Jentschong sollen an Tschangshuang telegraphiert haben, daß sie bereit seien, mit ihm gemeinsam den Kampf gegen Japan aufzunehmen und ihre Truppen nach der Provinz Jehol abzutransportieren.

Etwa 3000 Mann chinesischer Truppen sind beim Uebertritt über die russische Grenze von der OGPU entwaffnet und dann interniert worden.

In Moskauer politischen Kreisen ist man mit Recht erregt über den Zynismus Matsuokas, der aus den von uns bereits früher berichteten Äußerungen hinlänglich hervorgeht, und der auch nach Meinung der Sowjet-Regierung nur den Versuch darstellt,

die Aufmerksamkeit von Japan weg, lediglich auf die russische „Gefahr“ im Fernen Osten hinzulenken.

Die kürzlich gehaltene Rede Stalins, derzufolge die Ereignisse im Fernen Osten und die Ablehnung eines Nichtangriffsvertrages seitens einer bestimmten Macht Rußland gezwungen hätten, einen Teil des Fünfjahresplanes auf die Erzeugung von Landesverteidigungsmitteln umzustellen, hat in amtlichen japanischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Aus Regierungskreisen verlautet, daß ein Nichtangriffspakt mit Rußland danach nicht mehr in Betracht kommen könne.

Japan werde jedoch in den bisherigen diplomatischen Beziehungen zu Rußland keine Änderung eintreten lassen und auch dem im Februar neu zu ernennenden russischen Botschafter in Tokio das Agreement nicht verweigern.

Kriegsschulden, Wirtschaftskrise und Abrüstung.

G. K. Nachdem die französische Kammer am 14. Dezember 1932 beschlossen hatte, die fällige Rate der an die USA zu zahlenden Schulden nicht zu überweisen, versuchte die französische Regierung zunächst, neue Verhandlungen in Washington anzubahnen. Diese Verhandlungen sind auf ein Hindernis gestoßen, das ihre Verschiebung bis zur Amtübernahme Roosevelts notwendig gemacht hat. Diese Uebernahme erfolgt am 4. März 1933, einer der entscheidenden Tage in der Weltpolitik dieses Jahres.

Das Hindernis im Fortgang der Verhandlungen über die Kriegsschulden besteht in der Uneinigkeit zwischen Hoover und Roosevelt. Diese Uneinigkeit entspringt sehr tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der gegenwärtigen Krise und die Rolle der USA in der Weltpolitik. Rufen wir uns kurz die Tatsachen ins Gedächtnis zurück.

Hoover hat sowohl in seiner Botschaft an den Kongreß als auch in seinen sonstigen Erklärungen seit dem 14. Dezember 1932 die Ansicht vertreten, daß Kriegsschuldenzahlung, Abrüstung und Wirtschaftskrise in engem Zusammenhang mit einander stehen. Insbesondere hat er den Vorschlag gemacht, daß eine Schuldenkommission ernannt werden sollte, die mit der Abrüstungskonferenz und der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz Hand in Hand arbeiten sollte. Roosevelt dagegen hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die drei Fragen der Kriegsschulden, der Abrüstung und der Wirtschaftskrise eine getrennte, gesonderte Behandlung verlangten. Da er und nicht Hoover in Zukunft die amerikanische Politik bestimmen wird, blieben die Absichten Hoovers unausgeführt. Angesichts dieser Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern in den USA, beschloß die französische Regierung den Aufschub der Verhandlungen über die Schuldenfrage bis zum 4. März 1933.

Die Probleme, um die es sich handelt, lassen sich im wesentlichen um die folgenden Fragen gruppieren:

1. Spielen die Kriegsschulden für die Wirtschaftskrise eine wesentliche Rolle, so daß diese nicht ohne die Beseitigung jener behoben werden kann?

2. Soll die Aufhebung oder wesentliche Verringerung der Kriegsschulden europäischer Staaten abhängig gemacht werden von einer wesentlichen Verringerung der europäischen Rüstungen?

Die Antworten, die Hoover und Roosevelt auf diese beiden Fragen geben, lauten nun nicht einfach „Ja“ oder „Nein“. Aber ihre Antworten gehen doch so weit aus einander, daß von einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit geredet werden kann. Denn Hoover ist der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise in erster Linie auf der Zerrüttung des Geldwesens beruht, und für diese Zerrüttung spielen die Kriegsschulden eine erhebliche Rolle. Hoover vertritt auch den Standpunkt, daß die Kriegsschulden nur dann verringert werden könnten, wenn die europäischen Staaten durch Abrüstung ihre Finanzen in Ordnung gebracht und für die Zukunft ihren Friedenswillen bewiesen haben. Daher das Interesse Hoovers, die Schuldenfrage mit der Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz zu verkoppeln.

Roosevelt teilt nicht die übrige falsche Ansicht, daß die Wirtschaftskrise im wesentlichen auf der Zerrüttung des Geldwesens beruht. Auch er erkennt zwar an, daß die Schuldenfrage für das Vertrauen innerhalb der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder eine Rolle spielt (sogar so sehr, daß der anscheinend von ihm inspirierte Colonel House kürzlich in den „Foreign Affairs“ für völlige Aufhebung der Schulden eintrat), aber er sieht doch keine so enge Verbindung mit der Wirtschaftskrise, daß er eine Verkoppelung der Schuldenregelung mit der Weltwirtschaftskrise zulassen möchte. Offenbar ist ihm auch daran gelegen, die Schuldenregelung als politische Waffe in getrennten Verhandlungen mit den einzelnen Schuldnerländern in der Hand zu behalten.

In der Abrüstungsfrage andererseits steht (wiederum nach den Ausführungen des Colonels House) die demokratische Partei Roosevelts auf dem Standpunkt, daß Sicherheit der Abrüstung vorzugehen habe. Sicherheit gegen Angriffe durch Wirksamachen des Kellogg-Paktes, der Zwangsmaßnahmen gegen Angreifer vorsieht. Eine sehr bemerkenswerte Annäherung an den Standpunkt der französischen Regierung, durch die die in Frankreich auf Roosevelt gesetzten Hoffnungen anscheinend gerechtfertigt werden.

Roosevelt soll einmal einem Journalisten über die Abrüstungsfrage erzählt haben:

Frankreich wünscht vor allem anderen seine Sicherheit. Als im Jahre 1919 während der Friedensverhandlungen über die Sicherheit gesprochen wurde, frühstückte ich eines Tages mit Clemenceau, der gleichfalls sagte: „Das wichtigste für Frankreich ist die Sicherheit.“

„Was verstehen Sie unter Sicherheit?“ fragte ich.

Clemenceau antwortete: „Seit 1000 Jahren konnte keine Generation französischer Kinder aufwachsen, ohne innerhalb eines halben Jahrhunderts einen Krieg mit Deutschland erlebt zu haben. Ich will, daß künftige Generationen wenigstens 70 Jahre Frieden haben sollen.“

Angesichts der Einstellung Roosevelts und auch angesichts der in Genf anläßlich der Eröffnungssitzung des Vorbereitenden Ausschusses der Weltwirtschaftskonferenz geäußerten Ansichten ist also zu erwarten, daß die Kriegsschuldenregelung sowohl von der Weltwirtschaftskonferenz als auch von der Abrüstungskonferenz abgetrennt werden wird. Das ist besonders angesichts der sattsam bekannten Unfruchtbarkeit derartiger Konferenzen weder überraschend noch verwunderlich. Unabhängig von diesen Konferenzen hat die Schuldenfrage eine weit bessere Aussicht, zu einer vernünftigen Regelung gebracht zu werden. Die Regelung der „Reparations“-Frage beweist dies.

Was insbesondere die Lage Frankreichs angeht, so erscheint eine für dieses Land günstige Lösung der Schuldenfrage nicht ausgeschlossen, falls sich die Annäherung der USA an den französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage bewahrheiten sollte. Das kann zu erheblichen Veränderungen in den Machtpositionen der Gruppen kapitalistischer Staaten führen.

Zur Ergänzung

von Hoovers „Friedensbotschaft“.

Wie wir gestern berichteten, hat Präsident Hoover an den amerikanischen Kongreß eine Botschaft erlassen, in der er die Ratifizierung des internationalen Abkommens über Waffenlieferungen oder die Ermächtigung fordert, die Waffenausfuhr aus den Vereinigten Staaten zu verbieten.

„Ergänzend“ wird hierzu bekannt, daß Hoover selbstverständlich ein solches Verbot nur dann für nützlich halte, wenn gleichzeitig alle anderen Staaten das gleiche Ausfuhrverbot erlassen würden. — Wenn dem so ist, braucht der amerikanische Kongreß sich mit der Abstimmung über die Forderung Hoovers nicht zu beeilen: der Wenn-Satz reicht völlig aus, um alle amerikanischen Waffenfabrikanten zu beruhigen.

Der kommende Präsident Roosevelt hat sich der Absicht Hoovers, gegebenenfalls die Waffenausfuhr zu unterbinden und dadurch die Aufrechterhaltung des Friedens zu unterstützen, in jeder Beziehung angeschlossen. Auch er hält diesen Weg für den wirksamsten zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Friedens.

Bleibt Japan im Völkerbund?

Die Provokation geht weiter.

Die Nachrichten aus China — Japan lassen erkennen, daß für die nächste Zeit alles andere zu erwarten ist, als eine Verständigung. Japanische amtliche Stellen teilen mit, daß trotz des Besuchs der amerikanischen, griechischen, französischen und italienischen Botschafter beim japanischen Außenminister Uchida eine Aenderung der japanischen Fernostpolitik nicht erfolgen werde. Die Lösung könne nur so vor sich gehen, wie Matsuoکا sie deutlich dargelegt habe.

Matsuoکا ist inzwischen aus Rom nach Genf zurückgekehrt, wo jetzt vertrauliche Beratungen stattfinden sollen über die Behandlung des Streitfalles durch den Völkerbund. Wie gemeldet wird, wollen jetzt einige Völkerbundsvertreter energisch darauf hinarbeiten,

den Völkerbund zu einer entschiedenen Stellungnahme gegen Japan zu nötigen. Man hält es in diesem Fall für ziemlich sicher, daß Japan aus dem Völkerbund austreten wird.

Japan hat inzwischen die chinesischen Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß die antijapanische Bewegung in jüngster Zeit sehr zugenommen habe, ohne daß die chinesischen Behörden etwas dagegen unternommen hätten. Diese gleichzeitig rohe und unverächtliche Forderung stellt den wahren Geist jedes Militarismus dar, sei er nun japanisch oder preußisch: Man trampelt als ungebetener Gast andern Leuten den Garten kaputt und fühlt sich obendrein noch beleidigt, wenn die Besitzer des Gartens nicht in der Art üblicher Muschkoten „Zu Befehl, Herr Korporal! (oder General!)“ sagen, sondern dem Bedränger eins hinter die Ohren schlagen. Daß der japanische Kommissar, der die erwähnte Beschwerde vorgebracht hat, sich zur Sicherung des Friedens berufen vorgibt, ist hiernach selbstverständlich.

Krach bei der SA in Franken. „Zersetzung von außen“!

Der soeben, anscheinend vorzeitig wieder aus seinem Urlaub zurückgekehrte Hauptmann Röhm hat den Gruppenführer der SA in Franken, den Reichstagsabgeordneten Willi Stegmann seines Postens enthoben. Gleichzeitig wurde eine ganze Anzahl anderer Unterführer der SA abgesetzt. Im Anschluß an diese Auseinandersetzung innerhalb der anscheinend in galoppierender Zersetzung befindlichen SA kam es in der Nacht auf Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen im Hitler-Haus in Nürnberg. Die Anhänger Stegmans suchten das Hitler-Haus und dort lagerndes Material für sich zu erobern. Die Polizei mußte die Ruhe mit Gewalt wieder herstellen.

Herrn Hitler kommt dieser Krach natürlich sehr unangelegen, und es scheinen daher auf beiden Seiten Bestrebungen im Gange zu sein, zu retten, was zu retten ist. Der abgesetzte Stegmann und einige ebenfalls entlassene Standartenführer geben nämlich zu der parteiamtlichen Mitteilung ihrer Amtenhebung eine Erklärung ab, die ihnen den Rückzug erleichtern und die Gunst Hitlers wieder erobert soll. Die Genannten verteidigen sich gegen die ihnen gemachten Vorwürfe und erklären, daß sie „treu zu dem Führer Adolf Hitler stehen“. Ebenso sucht man im „Braunen Haus“ in München den Konflikt zu verkleinern und den Ausgeschlossenen goldene Brücken zu bauen. Aus dem „Braunen Haus“ wird mitgeteilt, daß es sich um einen „unbedeutenden und nebensächlichen lokalen Vorfall“ handle. Das Verhalten Stegmans bilde den Gegenstand einer dienstlichen Untersuchung. Wenn sich Stegmann einige unbesonnene SA-Leute „vorübergehend (!) angeschlossen hätten, so seien die Einheiten als solche davon gänzlich unberührt“. Im übrigen würden diese Leute sich wahrscheinlich wieder eines anderen besinnen.

Ueber die Ursache des Streits erfährt man nur, daß Stegmann sich gegen Befehle der obersten SA-Führung aufgelehnt habe. Bekannt ist, daß zwischen Stegmann und dem Gauleiter der NSDAP Streicher seit längerer Zeit Differenzen bestehen. So hatte Stegmann erklären lassen, daß er Streicher von seiner SA hinauswerfen lassen werde, wenn er in einer Versammlung auftauche. Das soll denn auch in Ansbach prompt durchgeführt worden sein. Stegmann ist übrigens zusammen mit Fememörder Heines an dem Ueberfall auf den sozialdemokratischen Schriftsteller Klotz im Reichstag beteiligt gewesen und wegen dieser Tat zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

In einer Mitteilung der Pressestelle der NSDAP in München wird behauptet, all die Vorgänge der letzten Zeit seien auf von außen herangetragene Zersetzungsversuche der Gegner der NSDAP zurückzuführen. Dabei hat diese „Pressestelle“ die Infamie, zu behaupten, auf der linken Seite schrecke man nicht davor zurück, „einen deutschnationalen Kreisvorsitzenden durch offensichtliche Spitzel hinmorden zu lassen, um die niederträchtige Tat dann mit der nationalsozialistischen Bewegung in Zusammenhang zu bringen“. Es handelt sich um den durch SA-Leute verübten Raubmord an einem Gutsbesitzer in der Nähe von Stettin. Die Unterstellung, daß diese SA-Leute Spitzel „von links“ seien, ist wirklich die Höhe nationalsozialistischer Niedertracht. Es wird auch nicht der leiseste Versuch gemacht, diese Behauptung zu beweisen, dagegen ist nicht abzuleugnen, daß die Räuber bis zu ihrer Verhaftung der SA angehörten, daß ihre Waffen aus dem Depot der SA in Stettin stammten und daß die angewandten Bürgerkriegsmethoden die in der SA üblichen waren.

Erbauliches aus Nazikreisen.

Eine Genossin schickt uns folgende Gespräche, die sie anlässlich einer großen Naziversammlung erlauskte und die uns kennzeichnend für den „Geist“ weiter Kreise der kleinbürgerlichen Nachläufer Hitlers erscheinen:

Eine nationalsozialistische Versammlung in der Kasseler Stadthalle. Etwa eine Stunde vor Beginn ist der große Saal schon gefüllt. Hauptsächlich Frauen. Neben mir ein Ehepaar. Kleinbürger. Sie liest laut die Sprüche auf den Transparenten

EINE BEICHTERIE VON THEODOR PLIVIER

Zwischen uns und der Demonstration blieb ein freier Raum, und ich glaubte schon, aufatmen zu können. Doch da ging ein Schieben los, die Hinten drängten nach. Ganz vorn ein Flandernmann und eine junge Frau; sie war groß und hatte ein schwarzes Kleid an. „So sehen doch keine Verbrecher aus!“ sagte ich mir. Langsam kommt der Flandernmann näher. Ich kann doch auf ihn nicht schießen und auf die junge Frau. Und dann die Rufe. „Kameraden!“ ruft der Flandernmann. „Brüder!“ ruft die Frau. Und gleich hinterher: „Nicht schießen!“ „Kommt zu uns!“ Dazwischen unser Leutnant: „Zurück, ich habe Befehl, ich lasse feuern...“ „Hochhalten!“ flüsterte Jackel mir in diesem Augenblick zu. „Hochhalten“, sage ich zu meinem rechten Nebenmann, und der gibt es leise weiter. Die Pistolenläufe heben sich merklich, und ich werde ganz ruhig. Das Gesicht unseres Leutnants ist grau und verzerrt; man sieht ihm an, daß er denkt wie wir. „Fertig machen!“ ruft er und fügt hinzu: „Wenn ich kommandiere, müßt ihr schießen...“ Da wußte ich, daß er sich mit seinen Worten nur Mut machen wollte. Auf zwanzig Schritte ist die Demonstration herangekommen. „Feuer!“ kommandiert der Leutnant.

Das alte Wohlwollen der Justiz gegenüber Nazis.

Der nationalsozialistische Mörder von Lichtenrade.

Der Haftbefehl gegen den SA-Mann Osthoff, der in der Silvesternacht in Lichtenrade den Kommunisten Hermann erstochen hat, ist vom Berliner Vernehmungsrichter wegen „Verdachts der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang“ erlassen worden. Der Unternehmungsrichter hält Totschlag nicht für gegeben, da kommunistische Zeugen bestätigt hätten, daß Osthoff „zuerst von Kommunisten durch Schimpfworte belästigt worden sei“!

Diese Eröffnung des Verfahrens veranlaßt uns, es mit aufmerksamem Mißtrauen weiterzuverfolgen.

Der Mord an Hermann geschah in einem vorbereiteten Ueberfall. Es liegt also schwerer Landfriedensbruch vor. Der Vernehmungsrichter hat jedoch keinen Verdacht in bezug auf dieses Delikt. Nicht einmal den Verdacht auf Totschlag als gegeben zu betrachten, dazu gehört ein hohes Maß an Wohlwollen gegenüber dem Mörder.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die

Begünstigung der Mörder der Siemensstädter Kommunisten Grothe und Brechlin.

Unter den deswegen Angeklagten war der Nazi-Betriebsrat Kirsch. Wenn in der Gerichtsverhandlung Zeugen sagten, er habe auf Kommunisten mit einer Latte eingeschlagen, und ihn damit des schweren Landfriedensbruchs beschuldigten, so

im Saale: „Die Judenzeitung aus dem Haus! Das Blatt für dich gibt Hitler raus!“ Schön — was?!

Ueber dem Rednerpult ein Riesentransparent mit Bild erregt ihre Bewunderung. „Hinein in die NSBO! Was ist denn das? Wohl wieder was Neues? Das heißt doch sonst NSBO.“ Sie fragt ihren Mann. Der kann auch keinen Aufschluß geben. „Aber schön!“ sagt sie.

Hinter mir erregt sich eine Mutter vom Lande darüber, daß den Kasseler „Hitlermädechen“ gestattet ist, weiße Kragen auf den braunen Kleidern zu tragen. „Ihr dürft es doch nicht“, sagt sie zu ihrer Tochter.

Womit denn alles bewiesen wäre...

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir ein Flugblatt der Nazis, in dem zu einer „Massenversammlung“ mit dem Thema „Wir und Schleicher“ aufgefördert wird. Auf dem Zettel steht das offenherzige und aufschlußreiche Bekenntnis:

„Unserer katastrophalen wirtschaftlichen Lage wegen ist Erscheinen aller Volksgenossen Pflicht.“

NSDAP, Ortsgruppe: Luisenstadt.

Wer zweifelt nun noch an der Kassenpleite der Nazipartei?

„Tradition“ steht niedrig im Kurs.

Vor einiger Zeit meldete der Handelsteil der „Frankfurter Zeitung“, daß die Firma „Verlag Tradition Wilhelm Kolk GmbH“ (Berlin), zu deren Hauptinteressenten einige rechtsstehende Politiker gehören, trotz der Sonderkonjunktur für politische Literatur dieser Richtung mit etwa 800 000 Mark Schulden ihre Zahlungen eingestellt hat. Die Herren Kapitänleutnant Ehrhardt und Major Pabst, die unseres Wissens hinter diesem Verlage stehen, werden sich künftig also für ihre Propaganda eine andere Firma suchen müssen.

Naziüberfall auf Kommunisten in Westerland (Sylt).

M. D. Am vergangenen Sonnabend mittag wurden in Westerland auf Sylt zwei Kommunisten, der KP-Stadtvordere Jürgensen und der erst kürzlich amnestierte KP-Anhänger Eichberger, von drei Nationalsozialisten feige überfallen. Bei der Schlägerei wurde der Kommunist Jürgensen an Kopf und Rücken erheblich verletzt.

Ein Höllengeknatter geht bei uns los.

Mir ist furchtbar heiß und ich sehe nichts mehr. Ich weiß nur, daß ich einen Schuß nach dem anderen löse. Nach dem fünften oder sechsten Schuß höre ich auf und frage mich, ob ich auch wirklich hochgehalten habe. Ich will aufstehen, um dem hinter mir stehenden Bremer eine runter zu hauen. Der knallt immer noch an meinem Ohr vorbei, ich muß den Kopf wegbiegen. „Verdammtter Kerl, der schießt mir noch von hinten in den Kopf!“ denke ich.

Alles ist auseinandergerannt.

Die Straßen sind nicht weit genug für die vielen Menschen. Die Schaufenster gehen kaputt. Und die Frauen schreien. Diecht vor uns liegt eine und wimmert. Ganz plötzlich hören wir es.

Sie stützt sich auf die Arme und kriecht von uns weg. Nur ein Stück, dann bricht sie wieder zusammen. Ich muß an die junge Frau in dem schwarzen Kleid denken; sie ist nirgends mehr zu sehen...“

Während der ganzen Zeit habe ich den Besucher nicht unterbrochen. Aber jetzt, wo er auch die eigentliche Tat in viele Einzelheiten und Nebenumstände zerlegt, dabei aber für sein eigenes Verhalten nur unbestimmte Ausdrücke findet, scheint es mir an der Zeit, einzugreifen.

Ich richte die Frage an ihn:

„Sie haben also immer hochgeschossen?“

„Ich habe immer hochgeschossen“, wiederholt er und blickt mir in die Augen. Ich glaube ihm nicht. Wir schweigen und blicken uns unverwandt an.

Und dann bricht es aus ihm hervor:

„Das ist es ja, um diese Frage habe ich mich herum gelogen. Vierzehn Jahre, und jetzt wieder. Und es ist wahr, ich habe hineingeschossen!“

Da war ein Matrose, deshalb bin ich ja hergekommen, der mit dem schwarzen Wuschelkopf. In Ihrem Buch habe ich gelesen, daß er Schorsch hieß und was er auf dem Schiff gesagt hat. Und er hatte recht, er hatte ganz recht. Sie

schnitt der Vorsitzende solche Auskünfte ab mit den Worten: „Kirsch ist nicht deswegen angeklagt.“ Kirsch war nämlich nur wegen Widersetzlichkeit gegen Polizisten angeklagt und erhielt dafür — drei Wochen Gefängnis!

Wie anders ist der Kommunist Bartl in Chemnitz behandelt worden!

Man hat ihm, obwohl kein derartiges Geständnis von ihm vorliegt, obwohl keine Zeugenaussage vorliegt, nach der Bartl jemals eine Tötungsabsicht geäußert hätte, die Absicht untergeschoben, die Tötung mit gewollt zu haben, die sein entfloherener Begleiter dann ausgeführt hat! Man hat ihn wegen Mittäterschaft an einem Mord zum Tode verurteilt.

Pastor Fuchs und Freiherr von Zedlitz,

zwei Nazis aus dem „Amts“-Bereich des Fememannes Heines, die im Zusammenhang mit Sprengstoffdiebstählen in Kynau verhaftet worden waren,

hat man jetzt laufen lassen.

Begründung bei dem Pastor: ein dringender Tatverdacht bestehe nicht mehr; bei dem Baron: Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdacht liege nicht vor.

Wir sehen den Grund eher darin, daß Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz besonders hoch bestraft werden (wenigstens gegenüber Kommunisten!). Soeben erst erhielt ein Kasseler Kommunist drei Jahre Zuchthaus, weil er ein Paket Ammonit in seiner Wohnung aufbewahrt hatte.

Feuerüberfall auf kommunistische Demonstranten.

Am Wedding in Berlin wurde Mittwoch nacht aus einem Privatauto, das in schneller Fahrt durch die Straßen fuhr, von SA-Leuten auf eine Gruppe demonstrierender Kommunisten geschossen. Zwei Unbeteiligte, ein Mann und eine Frau, wurden durch Becken-, Brust- und Armschüsse schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus überführt werden. Dreiviertel Stunden später hat, wie die „Rote Fahne“ erfährt, dasselbe Auto, dessen Nummer IA 68 019 ist, in der Nähe einen zweiten Feuerüberfall verübt. Ob dabei ebenfalls Opfer zu beklagen sind, konnte bisher nicht festgestellt werden. — Kurze Zeit vor diesen Ueberfällen war es auf dem Gesundbrunnen in einem Ueberfall von etwa zwanzig Hitler-Leuten auf einige Arbeitersportler gekommen. Die Polizei kam den Niedergeschlagenen noch rechtzeitig zu Hilfe und nahm eine größere Anzahl Nazis fest.

Sehn Sie, das ist ein Geschäft!

Oeffentliche Meinung zu verschachern gesucht.

Viele Leser bürgerlicher Zeitungen geben sich noch der Illusion hin, daß ihre Zeitung der „Allgemeinheit“ dienen wolle. Wem aber eine solche Zeitung wirklich dienen soll, zeigte eine große Anzeige in der „Frankfurter Zeitung“, nach der eine „Alte große Tageszeitung von Weltruf zu verkaufen“ ist. In der Anzeige heißt es:

„Die Zeitung ist hochrentabel. Bilanzmäßig nachweisbar und durch beeidigte Buchsachverständige jederzeit überprüfbarer Jahresgewinn selbst in den letzten Weltkrisenjahren 400 000 bis 500 000 Goldmark. Es kommen nur große Konzerne oder internationale Finanzgruppen als Käufer in Betracht...“

So wird auf Kosten der irregeführten Leser von Vertretern und Beauftragten der herrschenden Klasse „öffentliche Meinung“ gegen Barzahlung gemacht und weiter verkauft. Und das Geschäft rentiert! — Und die anderen Zeitungen „von Weltruf“ nehmen solch eine Ramschanzeige auf und quatschen sich den Mund schäumig von hoher Aufgabe der Zeitungen. Pfui Teufel!

schreiben, daß er klein war, aber ich sehe ihn riesengroß, ohne Mütze mit einem schwarzen Kopf. Er war ohne Waffen, wäre er nur langsam herangekommen und nicht gleich auf uns losgesprungen. Mir wurde kalt, ich weiß noch, wie mir die Zähne klapperten.

Da drückte ich ab, zweimal hintereinander.

Er läuft noch, aber dann bleibt er stehen. Er sieht mich an und bewegt den Mund; ich denke, er will sprechen, doch er sieht mich nur an.

Ein Mensch wie ich, ein Matrose in der gleichen Uniform. Und ich knie da, mit der rauchenden Pistole in der Hand, und sehe, wie er seine Arme in die Luft wirft, und mit dem ganzen Oberkörper eine Bewegung macht. Dann fiel er um, nach hinten.

Ich verstehe das nicht; es wurde geschrien, es knallte; der ganze Platz tobte... dabei hörte ich ganz deutlich, wie er aufs Pflaster hinschlug.

Das Geräusch vergesse ich nie.

Das war der Augenblick, wo ich aufspringen wollte und dem Bremer eine runterhauen. Ja, das muß ich ebenfalls sagen, das fing schon damals an, das Vertuschen meiner Schuld: der Bremer muß reingehalten haben. Wie hätten seine Schüsse sonst so nahe an meinem Kopf vorbeigehen können...“

„Du Hund!“ sage ich zu ihm.

Und alle sehen ihn an.

Ich weiß nicht, ob noch viele aus dem gleichen Grund wütend auf ihn waren. Aber ich glaube es nicht. — fast 300 Schuß haben wir abgegeben, aber nur acht Tote und neunundzwanzig Verwundete blieben auf dem Platz.

Die meisten haben wohl in die Luft gefeuert.

Der Leutnant hat von dem Zwischenfall mit dem Bremer nichts bemerkt. Er befiehlt, einen neuen Ladestreifen einzuschleppen und die Pistolen fertigzumachen.

Die Menge hat sich wieder gesammelt.

Aus allen Seitenstraßen drängen sie heran, aber wie vorher, nur zögernd und mehr von hinten geschoben.

(Schluß folgt.)

Fortschritte der Internationalität Neues Internationales Signalbuch.

Das Reichsverkehrsministerium wird in den nächsten Tagen die amtliche deutsche Ausgabe des neuen, am 1. Januar 1934 in Kraft tretenden Internationalen Signalbuchs der Öffentlichkeit übergeben. Es ist für den Verkehr in sieben Sprachen verfaßt worden, nämlich in Englisch als Grundsprache, Deutsch, Französisch, Italienisch, Japanisch, Norwegisch und Spanisch. Die einzelnen Flaggen, Funk- oder sonstigen Signale sind in jeder Sprache so eindeutig auf einander abgestimmt worden, daß jedem nur eine ganz bestimmte Bedeutung zukommt und Verwechslungen ausgeschlossen sind. Auch die Unterscheidungssignale im Seeverkehr wurden im Zusammenhang mit dem neuen Signalsystem neu geregelt.

Man sollte an solchen internationalen Vereinbarungen, auch wenn sie für den Laien nicht so interessant sind, nicht achtlos vorüber gehen, zeigen sie doch, daß bei gutem Willen eine internationale Verständigung durchaus möglich ist. Warum sollte, was auf dem Gebiete des Verkehrswesens oder der internationalen Normung der wissenschaftlichen Sprache (zum Beispiel in der Anatomie) und ähnlichem möglich ist, nicht auch auf anderen, ebenso wichtigen Gebieten möglich sein? Die Menschen, insbesondere die Arbeiter, haben nur noch nicht genügend international denken gelernt, und vor allem werden sie von den engstirnigen Nationalismen interessiert und herrschenden Klassenschichten daran gehindert. Hier liegt der große Wert des Esperanto.

Internationale Solidarität.

Der holländische Fischereidampfer „Gerard“, der wegen des Generalstreiks in Ymuiden nicht gelöscht werden kann, legte am Dienstag in dem Wesermünder Fischereihafen an, um dort seinen Fang zu löschen.

Die Löscharbeiter verweigerten jedoch die Löscharbeit.

Ein schönes Beispiel! Die Arbeiterschaft braucht dringender und dringender wieder die Ermutigung durch solche Solidaritäts-Akte. Unversehens kann die europäische Arbeiterschaft in eine Lage versetzt werden, die ein so mutiges und solidarisches Handeln verlangt, wie sie es 1920 bewiesen hat. Damals rief die Transportarbeiter-Internationale auf, nach Polen keine Munition für den Krieg gegen Rußland hinauszulassen. Ueber diesen Kampf hat Johannes R. Becher folgendes gesagt:

„Macht's wie die Arbeiter von Gdingen,
Die einfach auf die Schiffe gingen
Und warfen in das Meer die Fracht.
So wird es mit dem Krieg gemacht!“

Ausdehnung des französischen Textilstreiks.

Der Streik der Textilarbeiter von Armantières, der jetzt seit einer Woche im Gange ist, dehnt sich weiter aus. Etwa 6500 Arbeiter streiken. Der Kampf geht gegen den Versuch der Unternehmer, die Löhne (die nur 140 bis 180 Francs, also 23 bis 30 Mark, die Woche betragen) um 12 bis 15 Prozent zu kürzen. Die Arbeiter rechnen mit einer sehr langen Dauer des Streiks, da die Verhandlungen mit den Unternehmern bisher keine Verständigung herbeigeführt haben.

In einer einzigen Weberei, in der die Arbeiter schon seit dem 28. Juli gestreikt haben, ist es zu einer Verständigung gekommen. Die Löhne werden dort um 9 Prozent gekürzt.

Tarifstreit in der Hochseefischerei beigelegt.

Nach längeren Verhandlungen über die Neuregelung der Tarifverträge in der Hochseefischerei ist zwischen den

Parteien eine Einigung erzielt worden. Die Tarifverträge sind unter Abänderung einiger Punkte bis zum 31. Dezember 1933 verlängert worden. Der Schlichtungsausschuß brauchte infolgedessen nicht mehr in Aktion zu treten.

Streik in Köln-Dellbrück.

Bei den Radium-Gummi-Werken in Köln-Dellbrück ist am Mittwoch morgen die gesamte, etwa 600 Mann starke Belegschaft in den Streik getreten. Der Streik wurde veranlaßt durch Akkord-Streitigkeiten mit der Firma, die vor kurzer Zeit etwa 700 Arbeiter entlassen hatte und nun versuchte, mit dem Arbeiterrat neue Akkord- und Prämiensätze zu vereinbaren. Das „Angebot“ der Firma wurde jedoch vom Arbeiterrat abgelehnt und die Belegschaft trat in den Streik. Die Werksleitung hat jetzt sämtliche Werksangehörigen aufgefordert, bis kommenden Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten hätten.

Schiedsspruch im Münchener Speditionsgewerbe.

Infolge eines bindenden Schiedsspruches eines Tarifschiedsgerichts ist der Lohn- und Manteltarifvertrag mit Wirkung vom 1. Januar 1933 erneuert worden. Die Änderungen beim Manteltarifvertrag beziehen sich auf die Urlaubskürzung. Nach einjähriger Beschäftigungsdauer beträgt der Urlaub 3 Arbeitstage (bisher 5); er steigt bis zur Höchstdauer von 10 (bisher 12) Arbeitstagen. Das seit Januar 1932 in Kraft befindliche Lohnabkommen gilt mit Beginn dieses Jahres weiter mit der Abänderung, daß der Speditionsarbeiter unter 21 Jahren den Tariflohn mit 15 Prozent Abschlag erhält. Der Wochenlohn des Kraftwagenführers beträgt mithin 42,10 Mark, des Kutschers 40 Mark, des Schaffners 39,10 Mark, des Speditionsarbeiters 38,25 Mark, ferner der Tagelohn 8,35 Mark, der Stundenlohn 1,20 Mark.

Ein falscher Handgriff — die Ursache der Premnitzer Explosion.

Welch ungeheure Verheerungen in der kriegswichtigen Chemie-Industrie ein einziger falscher Handgriff anrichten kann, zeigen die Einzelheiten über die neue Explosionskatastrophe in dem IG-Farbenwerk Premnitz bei Rathenow.

Als Ursache der Explosion ist festgestellt worden, daß ein Arbeiter auf der Pumpstation einen falschen Hebel bedient hat.

Die Folge dieses falschen Griffes war das Hineinfließen von Schwefelkohlenstoff in einen bereits gefüllten Kessel und infolgedessen die Entwicklung von Schwefelgasen und deren Entzündung. Leider sind durch die Explosion, wie bereits gemeldet, drei Arbeiter verletzt worden, einer von ihnen sehr schwer. Außerdem wurde ein Gebäude völlig abgedeckt. Es ist reiner Zufall, daß nicht der Schwefelkohlenstoff zur Explosion kam — es wären dann weit größere Verheerungen entstanden.

Es ist sehr begrüßenswert, daß ein Ausschuß des Betriebsrats genaue Nachforschungen über die Ursache anstellt, um dann die beteiligte Arbeiterschaft des Werks darüber aufzuklären, wie in Zukunft ein solches Unglück verhütet werden kann.

Von „fachmännischer Seite“ wird darauf hingewiesen, daß es sich um einen „reinen Betriebsunfall“ handele, wie er überall da vorkommen könne, wo nicht rein maschinell gearbeitet werde. Bei der chemischen Industrie seien allerdings die

Folgen eines derartigen Unfalls wegen der Gefährlichkeit der verarbeiteten Stoffe in der Regel weit schwerer als in anderen Industrien.

Die Chemie-Arbeiter, die an so verantwortlicher Stelle stehen, wie der Arbeiter in der Pumpstation des Premnitzer Werks, sollten also den gefährlichen Hebeln und Handgriffen die gewissenhafteste Aufmerksamkeit zuwenden.

Interessante Entscheidung eines Arbeitsgerichts.

Vor einiger Zeit hatte die Reichsbahn-Direktion Frankfurt am Main mehr als 500 Stamarbeitern einen Revers vorgelegt, durch dessen Unterzeichnung sich diese Arbeiter mit der Ueberführung in das Zeitarbeiterverhältnis einverstanden erklären sollten. Als die Stamarbeiter die Unterzeichnung ablehnten, wurde ihnen gekündigt.

Die Entlassenen erhoben Einspruchsklage. Zur Begründung führten sie an, daß die Ueberführung in das Zeitarbeiterverhältnis eine ihnen nicht zuzumutende Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses bedeute, da Zeitarbeiter höchstens 6 Monate im Jahr beschäftigt werden, während Stamarbeiter das ganze Jahr über Arbeit erhalten. Auch das Landesarbeitsgericht hat der Einspruchsklage stattgegeben, da eine solche Verschlechterung keinem Arbeiter zugemutet werden könne.

Einheitsfront-Erfolg.

Das neue Stadtverordneten-Kollegium in Pirna hat sich am Mittwoch ein rein kommunistisches Präsidium gewählt. Stadtverordneten-Vorsteher wurde in der Stichwahl der Kommunist Ehrlich mit den sozialdemokratischen Stimmen. Für die Stellvertreter machte keine andere Partei Vorschläge, so daß auch diese Posten an die Kommunisten fielen. Das alte Präsidium des Stadtverordneten-Kollegiums war bürgerlich.

Bevorstehende Amnestie in Bulgarien.

Im bulgarischen Parlament steht augenblicklich ein großes politisches Amnestiegesetz zur Debatte, das, unter dem Druck der Bauernpartei, auch die Begnadigung der Emigranten enthält. Zu diesen gehören die vier ehemaligen Mitglieder des Stamboljiski-Kabinetts, die zum Tode verurteilt waren: Todoroff, Oboff, Asthanassoff und Stojanoff. Man nimmt an, daß Todoroff es trotz der Begnadigung nicht wagen wird, nach Bulgarien zurückzukehren.

Etwas gleichzeitig mit dem Amnestiegesetz wird von der Regierung eine allgemeine Begnadigungsliste bekanntgegeben werden, und zwar aus Anlaß der Geburt eines Thronfolgers.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Sonnabend, 14. Januar, 20.15 Uhr, Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Arbeiter an die Abwehrfront! Redner: Erich Irmer (Berlin).

Frankfurt a. M.: Freitag, 13. Januar, 20.15 Uhr, Kapitalistische oder sozialistische Krisenüberwindung? Redner: Hellmut Rauschenplat (Berlin).

Kassel: Freitag, den 13. Januar, 20.15 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Thema: Der ISK und seine heutige Aufgabe in der Arbeiterbewegung. Rednerin: Minna Specht.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Eisenplatz 12

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Waddina 2358
Bei Vorzeile d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!



POLITISCH
WIRD DER MENSCH
GESCHEITER
DURCH BÜCHER MIT
DEM FACKELREITER

Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog
kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

Getrocknete
Bananen
sind nahrhaft u. billig
als Brotbelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postpäckchen 4 Pfund
brutto nur 3 Mark.
frei Haus, n. a. Orten
Vorauszahlung
auf Postscheckkonto
Magdeburg 17924
erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerikestr. 104

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Selben
Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach
ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Judenstraße 8, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit
10. Januar: **Asien — so und so:**
Der Russenfilm
Der blaue Express
Regie: I. Trauberg
Der Rächer des Tong
mit Edward Robinson
Erste Vorstellung 15. letzte Vorstellung 21 Uhr

Werbt Abonnenten
Sammelt Anzeigen
Bewirbt bei Einzelkäufen
unser Inserenten

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.

Betrachtungen über den Krieg und anderes
von Ku Hung-ming.

107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto Berlin 818 42.

Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften



bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 4, Eichenbofener 29, Perarrat Sammelnummer P1 Moritzplatz 5471

